

**Einwohnerfrage Thomas Schmidt zum Thema zu Dringlichkeitsantrag 22-20240:
Reaktion von Herrn Kornblum auf das Gesprächsangebot der "Letzten Generation vor
den Kippunkten" (vom 22.04.23)**

In dem anhängenden ZDF-Artikel vom 24.02.23 lese ich, wie Hr. Onay (Hannovers OB) auf das Gesprächsangebot der "Letzten Generation" reagiert, u.a. bekennt er ganz offen, dass WIR ALLE die LETZTE GENERATION VOR DEN KIPPPUNKTEN sind. Wissend, dass auch unser OB am 22.04.23 ein solches Gesprächsangebot erhalten hat (siehe Anlage 2), mag ich gerne wissen: Warum geht was in Hannover (was einen sichtbaren Fortschritt darstellt), während in Braunschweig nicht viel passiert (ich sehe keine Artikel dazu im ZDF)? Wie gedenken Sie, Herr Kornblum, inhaltlich in dieser Frage (das Anliegen / die Forderungen der "Letzten Generation" weiter zu verfahren? Wie gedenken sich die Fraktionen Braunschweigs zu positionieren, deren Vorsitzende meines Wissens nach am 03.05.23 per Mail den Text auch erhalten haben?

Antwort von Umweltdezernent Herlitschke:

Für die Verwaltung beantworte ich zuständigkeitshalber die Fragen wie folgt:
Zu Frage 1: zu Vorgehensweisen anderer Kommunen folgt keine Stellungnahme, dafür haben sie bitte Verständnis. Darüber, ob mit Organisationen oder Gruppen aus der Zivilgesellschaft Gespräche geführt werden, entscheidet die Stadt Braunschweig nach eigener Beurteilung und in eigener Verantwortung. Selbstverständlich ist die Stadt Braunschweig etwa mit den Umweltverbänden in ständigem Dialog und stets offen für die Artikulation von Anliegen, die den Umwelt- und Klimaschutz betreffen. Generell antwortet sie aber nicht auf offene Briefe. Die Forderung nach Einführung eines Gesellschaftsrates steht im Übrigen im Widerspruch zur repräsentativen Demokratie, wie sie das Grundgesetz, die Niedersächsische Verfassung und das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz festschreiben und ausgestalten. Unsere Staatsordnung lebt davon und ist darauf angewiesen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Meinungen und Anliegen aktiv in den demokratischen Willensbildungsprozess einbringen. Hierzu gehören etwa die Stimmabgabe bei staatlichen Wahlen, das Engagement in Parteien und Bürgerinitiativen, wie sie das ja auch tun, sowie die Teilnahme an öffentlichen Versammlungen und Veranstaltungen. Die Artikulation politischer Ziele und Interessen muss jedoch stets im Rahmen der Rechtsordnung erfolgen. Die Berufung auf noch so hehre Ziele und gewichtige politische Anliegen dispensiert nicht von Gewaltverbot und auch nicht von den Bindungen an Recht und Gesetz im Allgemeinen. Noch viel weniger darf der Eindruck entstehen, dass die Einhaltung der Rechtsregeln zum Gegenstand politischer Vereinbarung mit staatlichen Entscheidungsträgern gemacht werden kann. Aus diesen Gründen ist ein Gespräch des Oberbürgermeisters oder anderer Vertreter der Stadtverwaltung mit der Letzten Generation

derzeit nicht beabsichtigt.

Zu Frage 2: Die Stadt Braunschweig nimmt im Bereich Klimaschutz mit einem der ambitioniertesten Klimaschutzkonzepte in Niedersachsen eine Vorreiterrolle ein. Vielleicht darf ich einschieben: Wir sind auch ausgezeichnet worden dafür. Das vom Rat der Stadt Braunschweig im Jahr 2022 beschlossene Integrierte Klimaschutzkonzept 2.0 stellt in sechs Handlungsfeldern die Weichen und identifiziert die prioritären Maßnahmen, die nötig sind, um das uns noch zur Verfügung stehende Treibhausgasbudget nicht zu überschreiten. Das Ziel ist eine schnellstmögliche Klimaneutralität, möglichst bis 2030. Wesentliche Aufgabe ist, den Energiebedarf Braunschweigs schnellstmöglich ohne fossile Energieträger zu decken. Zu diesem Zweck fördert die Stadt die erneuerbaren Energien mit dem Förderprogramm für Regenerative Energien und hat gemeinsam mit Partnern die Energiegenossenschaft Braunschweiger Land EG gegründet. Um eine schnelle Vervielfältigung der installierten Photovoltaikleistung zu erreichen, was uns im Übrigen aktuell auch gerade gelingt. Der Kohleausstieg von BS Energy und die damit verbundene Senkung von klimawirksamen Emissionen Braunschweigs um etwa 10 Prozent ist ein wichtiger Baustein, den wir vergangene Woche mit der Eröffnung des neuen Biomassekraftwerks als wichtigen Meilenstein feiern konnten. Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung wird durch die kommunale Wärmeplanung vorangetrieben, die wir gerade aktuell planen.

Zu Frage 3: Diese Frage wäre an die Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt selbst zu richten.

Nachfrage von Thomas Schmidt:

Ich würde gerne nochmal den Oberbürgermeister selbst ansprechen, weil eigentlich hätte ich erwartet, dass sie auf meine Frage selbst antworten. Ich habe ja auch gesehen, dass sie direkt angeschrieben wurden. Die Frage ist: es geht um Transparenz, weil dieser Klimarat oder Bürgerrat Klima, er würde ja eine vorschlagende Funktion haben, insofern überhaupt nicht den demokratischen Strukturen widersprechen, sondern genauso wie er auch mal angedacht war, so auch realisiert werden, um einfach transparent Vorschläge zu machen an die Regierung, wo dieses Thema auf den Tisch kommt, was eigentlich dort aus Sicht der Wissenschaft notwendig wäre. Also die Frage, wie es möglich wäre – ihre persönliche Meinung dazu – oder gerne auch die Meinung der SPD, wie sie zu diesem so definierten Bürgerrat Klima stehen? Wenn das in einem Offenen Brief nicht geht, könnten wir auch einen Termin im Rathaus machen oder wie können wir da verfahren? Ich möchte wissen, wie man dem Oberbürgermeister eine Frage stellen kann und auch eine Antwort bekommt, wie er zu dem Bürgerrat Klima steht?

Antwort von Oberbürgermeister Dr. Kornblum:

Sehr geehrter Herr Schmidt, sie fragen hier die Verwaltung, nicht die SPD, nicht den Oberbürgermeister persönlich, sondern die Verwaltung. Für die Verwaltung hat Herr Herlitschke das ausgeführt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Die Konzeption des Bürgerrates widerspricht nach der Auffassung der Verwaltung dem repräsentativen Demokratieprinzip. Der Bürgerrat heißt hier Rat der Stadt Braunschweig, der Bürgerrat auf Bundesebene heißt Deutscher Bundestag, der Bürgerrat auf Landesebene heißt Niedersächsischer Landtag. Das ist, auch wenn ich ihnen das hier in dieser Einwohnerfragestunde gar nicht erzählen müsste, auch meine persönliche Auffassung. Auch ich persönlich als Amtsträger rede mit vielen vielen Initiativen und ich kann nur allen empfehlen, es so friedlich zu machen, wie beispielsweise Fridays for Future, die mit ihrer Friedlichkeit viel viel mehr erreicht haben für den Klimaschutz als alle Menschen, die sich auf Straßen festkleben. Grundlage für Gespräche mit mir sind legale Protestformen und nicht umgekehrt. Also, es müsste zunächst mal bitte legal protestiert werden und zwar grundsätzlich legal und dann ist die Grundlage dafür gelegt, dass ich auch Gespräche führe. Wo es für mich völlig aufhört, das kann ich hier auch sagen, ist, wenn man etwas beschmiert, was die größere Errungenschaft aus meiner Sicht, in der deutschen Geschichte ist, nämlich das deutsche Grundgesetz und wer dort dieses beschmiert, nämlich mit Farbe, für den ist für mich zurzeit keine Gesprächsgrundlage gegeben. Das ist meine Auffassung dazu, ich hoffe, das ist jetzt deutlich geworden.